

Redebeitrag

TOP 15 der Kreistagsitzung vom 24. Juni 2020

Grundlage für die Rede des Kreistagsabgeordneten DER LINKEN im Kreistag Schleswig-Flensburg, Manfred Küter, zum CDU-Antrag „Landwirtschaftliche Flächen in Bauernhand“.

Für die Kreistagsrede selbst gilt, wie immer, das gesprochene Wort.

CDU-Antrag „Landwirtschaftliche Flächen gehören in Bauernhand“.

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Kreispräsident,
um es gleich vorweg zu sagen und um Irritationen zu vermeiden:
DIE LINKE hat nichts gegen Landwirte und Bauern. Im Gegenteil: Wir wissen deren Arbeit zu schätzen.

Trotzdem ist dieser Antrag abzulehnen. Dieser Antrag dient nur dazu, die einseitigen Interessen der Landwirtschaft durchzusetzen. Denn wir können zuerst einmal feststellen, dass in dem Antrag mit keinem Wort auf die Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft hingewiesen wird.

Es wird nicht kritisiert, dass die Landwirtschaft seit Jahren auf die Funktion eines möglichst billigen Rohstofflieferanten für einen globalen Markt reduziert wird. Mit keinem Wort wird in dem CDU-Antrag ein Umdenken hin zu einer anderen Agrarpolitik gefordert. Dabei ist ein Umdenken notwendig, damit die regionale Produktion, Verarbeitung, Vermarktung und Versorgung gestärkt werden.

Der CDU geht es mit ihrem Antrag um etwas ganz anderes. Hier wird Lobby-Arbeit gemacht, die auf Kosten anderer geht.

Die CDU fordert in ihrem Antrag, dass die Mitglieder des Kreistags sich selbst in ihrer Freiheit einschränken sollen. Wir Kreistagsabgeordnete sollen darauf verzichten, mit zu entscheiden, was mit den landwirtschaftlichen Flächen im Kreis geschieht.

Die CDU deutet damit den Begriff der Freiheit, die unser Staat zu verteidigen hat, um. Es geht der CDU in ihrem Antrag nicht mehr um die Freiheit des Einzelnen. Es ihr geht allein um das freie Schalten und Walten der Landwirte und darum, dass deren Besitz- und Eigentumsrechten gegenüber der Konkurrenz gesichert werden.

Die CDU im Kreis folgt damit einem ihrer ideologischen Vordenker, Friedrich August von Hayek, der im Interesse der Wirtschaft das Wort „Freiheit“ rein negativ definiert hat, und zwar als „Abwesenheit von Zwang“.

Wir, die normalen Bürger, verstehen unter Freiheit: Reisefreiheit, Denkfreiheit, Religionsfreiheit, Freiheit der Wissenschaft usw. Dieser, unser Freiheitsbegriff, ist positiv besetzt.

Bei dem CDU-Antrag ist das anders. Der Staat soll gefälligst die Handlungsfreiheit der Unternehmer nicht einschränken, aber für sie einspringen, wenn es ihnen schlecht geht. Und genau das verlangt die CDU von uns als Kreistagsabgeordnete.

Dafür schiebt die CDU alles das beiseite, auf das Vertreter der Marktwirtschaft sonst immer so viel Wert legen: Der freie Wettbewerb zählt nicht mehr. Die individuelle Entscheidungsfreiheit, hier die des Kreistags Schleswig-Flensburg, kann aus Sicht

der CDU ruhig eingeschränkt werden. Die „Heilungskräfte des Marktes“ sind nicht mehr gefragt. Der Zweck heiligt bei der CDU eben die Mittel.

Meine Damen und Herren,
der vorliegende Antrag entpuppt sich als reine Lobbyarbeit: So etwas liegt ganz auf der Linie des CDU-Jungstars Amthor und diese Linie scheint bei vielen CDU-Abgeordneten zur DNA-Struktur zu gehören.

Warum ist der Antrag eine reine Lobbyarbeit?

Die CDU beklagt sich in ihrer Antragsbegründung mit einem Mal über das marktwirtschaftliche Prinzip des Wettbewerbs, wenn sie schreibt, „dass um jeden Quadratmeter gekämpft“ wird.

Meine Damen und Herren,
das ist ein Reden mit gespaltener Zunge.
Die CDU fordert, dass der Kreis „sich nicht am Wettbewerb um landwirtschaftliche Flächen beteiligen“ soll. Das ist ein typischer Denkansatz marktradikaler Ideologen, die die Hilfeleistung des Staates nur dann akzeptieren, wenn es ihnen schlecht geht, sich ansonsten aber, nach den Regeln des Wettbewerbs, jegliche staatliche Einmischung ablehnen, zum Wohle der Rendite

Die CDU beschwert sich in ihrem Antrag, dass sich mit Gütern – hier ist es der Boden – Geld verdienen lässt, weil man ihn „verpachten oder verkaufen“ kann; und das „der Boden immer teurer wird, weil die Nachfrage so immens ist“. Aber das ist doch in der von der CDU sonst so hochgelobter Marktwirtschaft so gewollt. Der Markt soll in der Marktwirtschaft die Lösung aller Probleme bringen. Warum soll dieses „freie Spiel der Kräfte“ jetzt mit einem Mal nicht mehr gelten?

Also noch einmal:

Das ist doch ein Reden mit gespaltener Zunge.

Das, was Sie hier machen, ist Lobby-Arbeit zum Nachteil von Mensch und Umwelt im Kreis.

DIE LINKE lehnt den Antrag ab.

Manfred. Küter

23.06.2020
